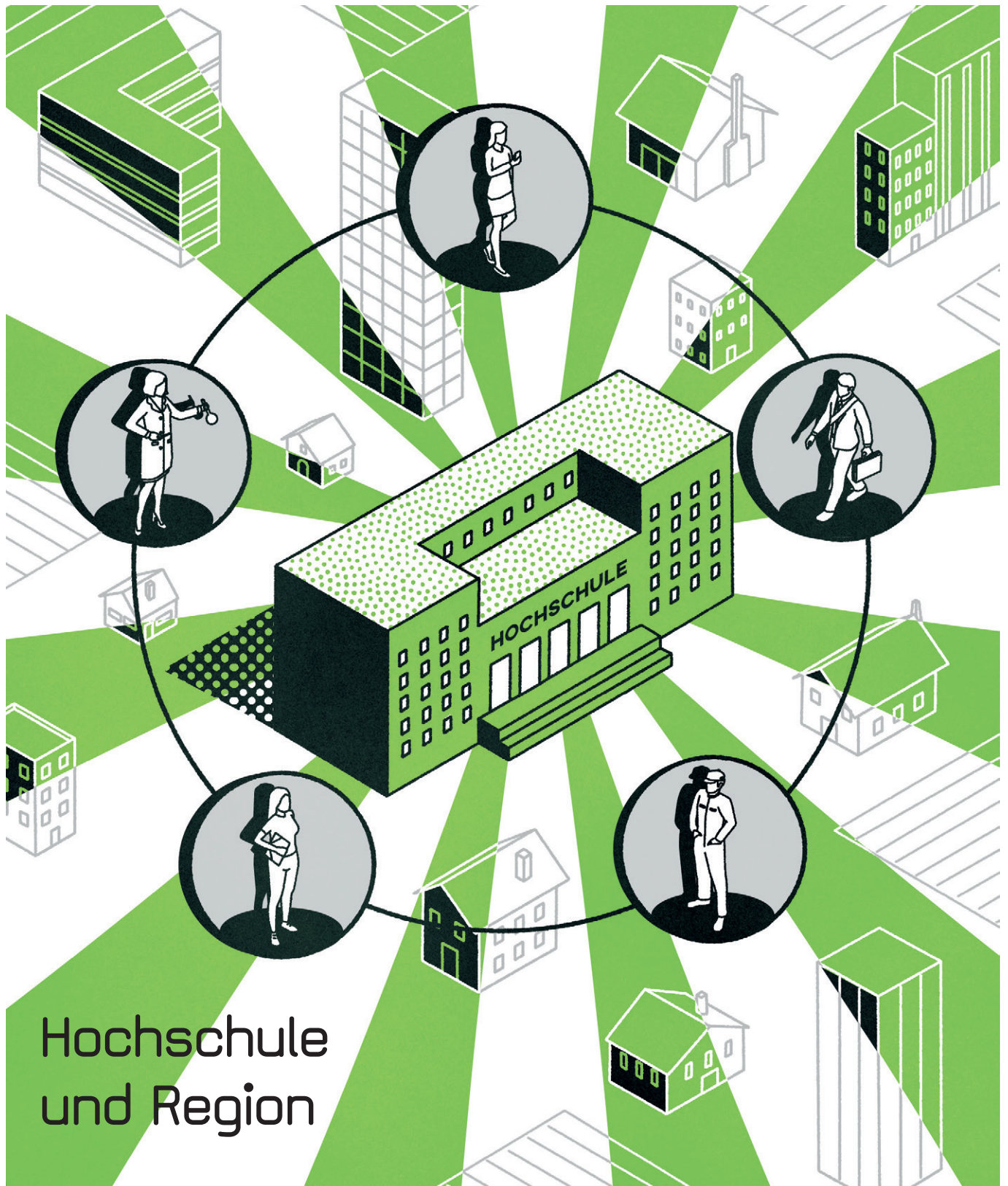


DUZ TRANSFER

WISSENSCHAFT WIRKSAM MACHEN



EDITORIAL



Foto: Bode / HS Offenburg

Prof. Dr. Winfried Lieber
Rektor, Hochschule Offenburg

„From Exile to Main Street“ lautet die Überschrift eines Artikels, den das HIS – Institut für Hochschulentwicklung e. V. vor Kurzem veröffentlicht hat. Gemeint sind die Fachhochschulen (FH) und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) und ihre rasante Entwicklung in den letzten 10 bis 15 Jahren von einem vormals wenig sichtbaren Hochschultyp hin zu zentralen Impulsgebern für eine innovationsorientierte Regionalentwicklung. Versucht man die Ursachen für diese Transformation zu erfassen, so lassen sich schnell je nach hochschulischer Leistungsdimension verschiedene Treiber identifizieren. Allen aktuellen Entwicklungen aber ist gemeinsam, dass sie auf unterschiedliche Weise jede Dimension des Wissensdreiecks ansprechen, die einen Wertbeitrag für den Transfer von Wissen in das regionale Umfeld leistet. Diese regionale Komponente ergibt sich dadurch, dass Wissen immer an Menschen gebunden ist.

Hochschulen müssen folglich Teil der regionalen Entwicklungsstrategie sein. Standortvorteile werden wesentlich durch Kooperationen generiert. Auch mit Blick auf die spezifischen Umfeldbedingungen in den Regionen ist eine abgestimmte Arbeitsteilung aller handelnden Akteure Voraussetzung, um die von den Hochschulen ausgehenden Impulse wirkungsvoll verstärken zu können. Die neue Rolle der anwendungsorientierten Hochschulen definiert sich aber auch über ihr spezifisches Transferverständnis. Gerade die Brückenfunktion zwischen Forschung und konkreter Anwendung in der Wirtschaft ist 50 Jahre nach ihrer Gründung zusammen mit der hohen Ausbildungsleistung die gelebte Grundlage, die (Fach-)Hochschulen zu Keimzellen ersten Ranges und damit zu wesentlichen Garanten von wirtschaftsstarken Regionen hat aufsteigen lassen.

INHALT

41 MITEINANDER ODER NEBENEINANDER?

Was es braucht, damit Hochschulen und mittelgroße Städte fruchtbare Partnerschaften eingehen können – ein Gastbeitrag der Hochschulforscher Peer Pasternack und Steffen Zierold.

44 „DISKURS FÜHRT ZU KREATIVEN IDEEN“

Hochschulvertreter sollten sich als Teil der Stadtgesellschaft verstehen, findet der Finanzexperte Carsten Kühl. Davon profitiere auch die Kommunalpolitik.

47 LÖSUNGEN FÜR DIE REGION

Hochschulprojekte kurz vorgestellt: Elektromobilitätskonzept (Hochschule Hamm-Lippstadt), Regionale Händlerplattform (Hochschule Magdeburg-Stendal), Rain Ahead – Regenalarm (TH Lübeck), Kommunaler Zukunftsstrom (TH Mittelhessen)

49 TRANSFER-STRUKTUREN

Vier Beispiele für nachhaltig angelegte Strukturen, die den Austausch von Wissenschaft und Region fördern: das

Niederrhein Institut für Regional- und Strukturforchung, der Digihub Südbaden, das Projekt „Kommunale Innovationspartnerschaften“ Bonn-Rhein-Sieg und das Technologie-Transfer-Zentrum Bremerhaven.

53 „GUTE PROJEKTE MÜSSEN SCHULE MACHEN“

Mönchengladbachs Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners im Interview.

54 IMPRESSUM



MITEINANDER ODER NEBENEINANDER?

Was nötig ist, damit Hochschulen und mittelgroße Städte fruchtbare Partnerschaften eingehen können.

GASTBEITRAG: PEER PASTERNAK, STEFFEN ZIEROLD

Universitäten und Fachhochschulen sollen ihre Städte und Regionen anschlussfähig an die Wissensgesellschaft machen. Deshalb sind sie seit den 1960er-Jahren breit in die Fläche gegründet und ausgebaut worden. 77 der 240 staatlichen Hochschulen in Deutschland haben ihren Sitz in Mittel-, ausnahmsweise auch in Kleinstädten, also in Städten mit unter 100 000 Einwohnern (s. Tabelle auf der folgenden Seite). Zwei Fünftel der größeren Mittelstädte und 5 Prozent der kleineren Mittelstädte verfügen über eine Hochschule: Mehrheitlich sind das Fachhochschulen (50), aber auch 18 Universitäten. Bezieht man Nebenstandorte der Hochschulen ein, ist fast jede zweite größere und jede achte kleinere Mittelstadt Hochschulstandort. Städtisch, aber nicht großstädtisch – dies gilt für ein Drittel der deutschen Hochschulen. Wie aber ist es um die wechselseitigen Resonanzbedingungen von Hochschulen und Mittelstädten bestellt? Überwiegt das Nebeneinander oder das Miteinander?

Feststellen lässt sich jedenfalls: Die Nachfrage nach wissensintensiven Dienstleistungen, die von der Hochschule ausgehen, hält sich in Grenzen; dasselbe gilt für ein entspre-

chendes Gründungsgeschehen. Außeruniversitäre Forschung wird eher durch das örtliche Naturkunde- oder Stadtmuseum repräsentiert als durch das Max-Planck-Institut. Die Unternehmenslandschaft, meist von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt, ist häufig nur eingeschränkt in der Lage, vorhandenes Wissen zu erschließen. Verdichtungen von Hochtechnologieunternehmen kommen nur ausnahmsweise – vornehmlich in Süddeutschland – vor. Dementsprechend verhält es sich auch mit dem Konzentrationsgrad an forschungs- und entwicklungsintensiver oder anderweitiger Hochqualifikationsbeschäftigung.

Die Informations- und Medienwirtschaft beschränkt sich vornehmlich auf lokale und regionale Bedürfnisbefriedigung. Das kulturelle Leben wird eher durch ein traditionellbildungsbürgerliches Milieu dominiert als durch innovationsgeneigte Avantgardisten. Letztere fänden zwar in den häufig abwanderungsgeprägten Mittelstädten Frei- und Erprobungsräume vor, wie sie in Großstädten nur noch vereinzelt zu finden sind; dennoch sind kreative Raumpioniere in Mittelstädten nur selten anzutreffen.

Verteilung staatlicher Hochschulen und Studierender nach Stadtgrößen

Stadtkategorie	Hochschulen		Studierende	
	ausschließlich Hauptsitze	inkl. Teilstand-orte	insgesamt	Durchschnitt
Große Großstädte	69	70	854 000	12 200
Kleinere Großstädte	94	108	1 154 000	11 000
Große Mittelstädte	44	59	338 000	6300
Kleine Mittelstädte	24	56	146 000	3400
Kleinstädte	9	19	40 000	2400
Summe	240	312	2532 000	

Quellen: HRIK: www.hs-kompass2.de/kompass/xml/download/hs_liste.txt (19.7.2018), eigene Berechnungen, gerundet

Mit sinkender Einwohnerzahl von Städten nehmen tendenziell auch Heterogenität, Diversität, Toleranz, Dichte und Offenheit ab. Damit ist die Innovationswahrscheinlichkeit geringer, soweit sie vorrangig auf Milieueffekten gründet. Es besteht ein Nachteil gegenüber Großstädten und Metropolen – und nicht metropolitane Orte werden auch nicht dadurch zu ihrem Gegenteil, dass man sie zum Bestandteil von „Metropolregionen“ erklärt.

Immerhin: Die Hochschule wirken an den Orten ihres Sitzes durch schlichte Anwesenheitseffekte prägend – durch bauliche Präsenz im Stadtraum, Belebung der Lokalität(en), kulturelle Heterogenisierung durch das studentische Milieu, bisweilen auch in Dissonanz mit der angestammten Bevölkerung, Konsum und Mietzahlungen der Hochschulangehörigen, Dienstleistungsnachfrage der Hochschule, Einkommensteuerzahlungen der Hochschulbeschäftigten (15 Prozent verbleiben bei der Wohnortgemeinde). Das allerdings sind passive Wirkungen. Sie entstehen auch bei einem passiven Nebeneinander von Hochschule und Stadt. Nur ausnahmsweise sind nahräumliche Wirkungen das Resultat eines aktiven und absichtsvollen Miteinanders von Hochschule und Stadt. Ein Grund dafür: Es gibt kaum gegenseitige Beeinflussungsinstrumente. Die Städte verfügen gegenüber den Hochschulen über keine Steuerungsmechanismen und umgekehrt. Strukturelle Kopplungen ergeben sich – meist punktuell, weil temporär – allenfalls im Zusammenhang des Flächenmanagements. Kommunale Selbstverwaltung und Hochschulautonomie sind zwar je für sich leistungsfähige Konzepte. Doch wo sie aufeinandertreffen, schützen sie auch vor Ansprüchen der jeweils anderen Seite.

GOVERNANCE

Da sich Städte und Hochschulen nicht durch Steuerung im Sinne punktgenauen Eingriffshandelns aufeinander beziehen lassen, kommt alternativ nur zweierlei infrage: entweder allein auf spontane Selbstorganisation vertrauen (und warten) oder Wege jenseits von klassischer Steuerung finden.

Möchte man Letzteres, bedarf es einer entsprechenden Governance. Nun gelten in der Forschung sowohl Stadt- als auch Hochschulentwicklung als besonders planungsresistente Handlungsfelder. Zwei solche Felder zu synchronisieren, stellt eine Herausforderung dar: Zum einen sind eigensinnige Handlungsrationaltäten – wissenschaftlich-professionell versus rational-bürokratisch – in Rechnung zu stellen. Daher können Anstrengungen, ein produktives Kooperationsverhältnis zwischen Stadt und Hochschulen herzustellen, nicht auf Automatismen setzen. Sie müssen vielmehr konsensual Schnittmengen erzeugen. Zum anderen sind wissensbezogene Such- und Findeprozeduren grundsätzlich nicht planbar und Gelegenheiten werden genutzt oder auch nicht. Plan- und gestaltbar sind lediglich Arrangements und Kontexte, die die Wahrscheinlichkeit von Kontakten, Kopplungen und letztendlich Kooperationen erhöhen.

Dort, wo hochschulische und städtische Akteure wechselseitig ihre Potenziale erschließen wollen, folgen sie denn auch (meist ohne es zu reflektieren) dem Konzept der Kontextsteuerung. Was das bedeutet, wird mit Blick auf häufig in diesem Zusammenhang eingesetzte Kommunikationsinstrumente deutlich:

- Kooperationsverträge sind Rahmen. Für sich genommen bewirken sie in der Regel nichts. Sie entfalten ihre Wirkung zumeist nur, wenn sie der institutionellen Absicherung bereits existierender Zusammenarbeit auf der Mikroebene dienen, nicht aber deren Ausgangspunkt bilden.
- Regelmäßige Treffen auf Leitungsebene – etwa von Oberbürgermeisterin und Rektor – hängen von der Vorbereitung durch Stäbe und substanzieller Untersetzung ab, etwa durch Maßnahmenpläne.
- Jährlich aktualisierte Maßnahmenpläne zeichnen sich häufig dadurch aus, dass die Aktualisierung zum größten Teil im Kopieren des Vorjahresplanes in eine neue Datei besteht. Positiv ließe sich sagen: Die Absichten haben erfolgreich ihre Geltung verteidigen können.

- Lenkungsausschüsse funktionieren am ehesten, wo (und wenn) sie die zentralen Kooperationsinteressenten vereinen.
- Netzwerke funktionieren nur, wenn sie stabil und erreichbar sind. Ohne ein dauerhaft ansprechbares Netzwerkmanagement fehlen Verantwortlichkeiten und besteht das Risiko, dass Kontakte nicht zustande kommen, weil Reaktionen zu lange auf sich warten lassen oder gar unterbleiben. Zugleich kann Netzwerkbildung mithilfe eigens dazu eingerichteter Stellen, wenn organisatorisch unzureichend durchdacht, in Kooperationsbürokratie ausarten.
- Verpflichtende Berichterstattungen an das jeweilige Stadtparlament erzeugen Druck auf die Verwaltung (nicht aber die Hochschulen), etwas Vorzeigbares berichten zu können – also zuvor etwas zu unternehmen.

ERFOLGSFAKTOREN

In Kooperationen zwischen Hochschulen und lokalen Partnern können einige strategische Erfolgsfaktoren eingebaut werden, die sich in zwei Gruppen sortieren lassen: (1) Wechselseitigkeit und (2) Prozessgestaltung.

(1) Inhaltliche Voraussetzung jeglicher Kooperation ist, dass sachbezogene Anknüpfungspunkte zwischen Hochschule und Stadt bestehen und erkannt werden. Um seitens der Hochschulen Ideen für die Stadt zu entwickeln, bedarf es eines Problembewusstseins für die lokalen Gegebenheiten. Ist dieses entwickelt, muss es auf Resonanz in der Stadt treffen. Das heißt: Auch die lokalen Akteure müssen für die Problemlagen und Handlungsbedarfe der eigenen Stadt und die Möglichkeiten, darauf mithilfe der Wissenschaft reagieren zu können, sensibilisiert sein. Immer dann jedoch, wenn die Kooperationskosten die (prognostizierten) Kooperationsgewinne übersteigen, ist jede Initiative gefährdet.

(2) Vereinbarungen über Ziele und Inhalte der Partnerschaft sowie verbindliche Absprachen über zu erbringende Leistungen dürfen nicht der operativen Umsetzung überlassen bleiben, sondern stellen strategische Weichenstellungen dar. Es bedarf einer Synchronisierung von Zeitvorstellungen und Planungshorizonten der Partner. Kontinuität ist organisatorisch abzusichern, da sie nicht zwingend entsteht und häufig personengebunden ist. Dysfunktionalitäten wirken als Kooperationskiller, sind also zu vermeiden – etwa Überbeanspruchungen oder Konformitätsdruck, der dem Ausprobieren innovativer Ideen entgegensteht. Ebenso sind Institutionalisierungen von Kooperationen erfolgversprechender, wenn Bürokratie vermieden wird. Eine künstliche Zentralisierung bei der Hochschulleitung würde an administrative Grenzen stoßen, aber Rektorat oder Präsidium und Zentrale Verwaltung sollten Unterstützungswünsche bedienen. Abgesichert sein muss die Dezentralität auch durch Ansprechpartner für Wissenschaftsthemen auf Seiten der Stadt, zentrale Formate der Wissenschaftskommunikation, gegebenenfalls einen strategischen Entwicklungsplan – bei dem dann zugleich mit Abweichungen zu rechnen ist – und möglichst auch Absicherungen über formale Stadtratsbeschlüsse. //

„Kooperationsverträge allein bewirken in der Regel nichts“

Der Text referiert Ergebnisse mehrerer Studien, jüngst zusammengefasst in Daniel Hechler/Peer Pasternack/Steffen Zierold: Wissenschaften der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten, BWV, Berlin 2018, 359 S.

PROF. DR. PEER PASTERNAK

ist Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



Foto: Woltas / U Leipzig

STEFFEN ZIEROLD

ist Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



Foto: HoF

„DISKURS FÜHRT ZU KREATIVEN IDEEN“

Hochschulvertreter sollten sich als Teil der Stadtgesellschaft verstehen, findet der Finanzwissenschaftler Carsten Kühl. Davon könne auch die Kommunalpolitik profitieren.

INTERVIEW: VERONIKA RENKES

Herr Professor Kühl, Sie kennen die Volkswirtschaft aus Theorie und Praxis. Können die Wissenschaft einerseits und die Städte und Regionen andererseits voneinander lernen?

Natürlich sollten Wissenschaftseinrichtungen grundsätzlich mit den Gebietskörperschaften ihrer Region kooperieren. Das gilt für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen ebenso wie für die Kommunen und ihre jeweiligen Bundesländer. In der Regel sind das Win-win-Situationen. Ein Patenttrezept, wie ein besonders großer Mehrwert entsteht, gibt es nicht. Die Potenziale hängen zum Beispiel von der fachlichen Ausrichtung der wissenschaftlichen Einrichtungen und von der regionalen Wirtschaftsstruktur ab. Eine technische Hochschule mag mit der regionalen Wirtschaft eine Kooperation pflegen, die für beide Seiten – die einschlägigen Unternehmen und den Fachbereich – von Vorteil sind. Eine Musikhochschule generiert vermutlich keine zusätzliche Wertschöpfung durch eine ökonomische Verwertbarkeit beim örtlichen Gewerbe. Wenn Stadt und Musikhochschule klug miteinander kooperieren, können sie aber zweifellos

das kulturell-städtische Lebensgefühl verbessern. Ökonomen würden dann von einer Verbesserung der weichen Standortfaktoren sprechen, wobei das Adjektiv „weich“ keine Rückschlüsse auf deren Bedeutung zulässt.

Wenn die Potenziale so unterschiedlich sind, gibt es dann einen gemeinsamen Nenner?

Der gemeinsame Nenner ist das Zustandekommen der Kooperation. Ob Synergiepotenziale überhaupt genutzt werden, hängt entscheidend von der Bereitschaft und Fähigkeit der handelnden Personen zur Kooperation ab. Hochschulen und Kommunen sind autonom, die Wirtschaft ist ohnehin unabhängig. Dass Politiker und Hochschulleitungen kooperieren wollen, ist eine notwendige Voraussetzung. Entscheidend ist aber, dass sie auch etwas dafür tun wollen. Freiwillige Kooperationen müssen gelebt werden.

Gibt es Daten, die belegen, wie Städte und Regionen von der Wissenschaft ökonomisch profitieren?

Ja, solche Untersuchungen gibt es, ihre Ergebnisse hängen von den örtlichen Gegebenheiten ab. Es ist methodisch

sehr schwer, den isolierten Einfluss der wissenschaftlichen Einrichtungen auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Region zu bestimmen. Die Determinanten sind interdependent, es gibt keine Monokausalität. Die allgemeine Aussage, dass eine funktionierende Kooperation keinesfalls schadet, gilt aber mit Sicherheit immer.

Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Bereiche, wo Städte und Regionen von Wissenschaftseinrichtungen profitieren könnten?

Zunächst einmal schaffen Hochschulen qua Existenz Arbeitsplätze, und wenn die Lehrstühle und Institute erfolgreich Drittmittel einwerben, kommen weitere hinzu. Das ist logischerweise für jede Kommune von Bedeutung. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist nach wie vor der Konnex zwischen der Fachausrichtung in der Hochschulausbildung und dem Arbeitskräftebedarf einer Region. Wenn eine Hochschule in ihrer Fächerstruktur aber einseitig auf die Branche ausgerichtet ist, die die Wirtschaftsstruktur einer Region bestimmt und diese einem wirtschaftlichen Strukturwandel unterworfen ist, kann es ein doppeltes Problem in der Region

geben: Arbeitsplätze und Studierende gehen verloren. Interessant wird es für Kommunen, wenn Ausgründungen und Start-ups aus der Hochschule entstehen. Diese haben dann das Potenzial, Teil der wirtschaftlichen Zukunftsentwicklung einer Kommune zu werden.

Wie beeinflussen Hochschuleinrichtungen die sozioökonomischen Faktoren einer Stadt?

Studierende sind jünger als der Durchschnitt der Bevölkerung. Das sollte eine Stadt in Zeiten einer alternden Gesellschaft auf jeden Fall schon einmal als Vorteil verbuchen. Aus der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre haben wir gelernt, dass die Generation der geburtenschwachen Jahrgänge ein „Schwarmverhalten“ an den Tag legt. Die jungen Menschen wandern tendenziell in die Städte, in denen sie mit ihresgleichen zusammenleben können. Nicht alle Hochschulstandorte sind Schwarmstädte. Aber alle Schwarmstädte haben einen Hochschulstandort. Mit anderen Worten: Hochschulstädte haben eine größere Chance auf eine angepasste demografische Entwicklung. Freilich mit all den Nachteilen, die dadurch auf dem städtischen Wohnungs-

markt oder in den sich entleerenden ländlichen Räumen entstehen können.

Bitte nennen Sie uns Kooperationen, wo der Schulterchluss mit der Wissenschaft für Städte und Regionen fruchtbar war.

Es gibt eine ganze Menge guter Beispiele. Aus meiner Zeit in der rheinland-pfälzischen Landesregierung weiß ich, dass Hochschulen die Politik nicht nur klug beraten können, wenn es darum geht, einen wirtschaftlichen Strukturwandel zu gestalten, sondern die Gründung und Erweiterung von Hochschulen selbst ein probates Instrument sein können, um diesen Strukturwandel zu initiieren. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mussten über 600 ehemals militärisch genutzte Flächen einer zivilen Nutzung zugeführt werden und eine immense Zahl militärischer und damit verbundener ziviler Arbeitsplätze substituiert werden. Die Gründung neuer Hochschulstandorte in ehemaligen Garnisonsstädten und die Nutzung militärischer Flächen zum Ausbau bereits bestehender Universitäten hatten einen entscheidenden Anteil am erfolgreichen wirtschaftlichen Strukturwandel in Rheinland-Pfalz. Schon

PROF. DR. CARSTEN KÜHL

ist wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und Professor für Finanzwissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Zuvor war er Finanz- und Bauminister des Landes Rheinland-Pfalz.

Foto: Merkau



Die wichtigsten Erwartungen, die heute neben Forschung und Lehre an die Hochschulen gestellt werden, betreffen die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Region, die Entwicklung regionaler Innovationsstrukturen und die Bewältigung nicht ökonomischer regionaler Herausforderungen. Was hat die Hochschulen und ihre Wissenschaftler bisher daran gehindert, Kommunen zu beraten und dabei zu unterstützen, ökonomische, soziale, kulturelle oder ökologische Probleme zu meistern?

Hochschulen beschäftigen keine Universalgelehrten. Anders gewendet: Die Expertise am jeweiligen Hochschulstandort ist nicht unbedingt kongruent mit dem kommunalen Beratungsbedarf vor Ort. Das ist auch nicht zwingend erforderlich. Bund, Länder und Kommunen ebenso wie Unternehmen oder Einrichtungen des gemeinwohlorientierten Sektors holen sich ihr wissenschaftliches Know-how dort, wo Spezialwissen vorhanden ist. Wir am Deutschen Institut für Urbanistik erarbeiten sehr anwendungsorientiert Konzepte für eine ganze Palette konkreter kommunaler Herausforderungen. Wir tun das von unseren Standorten in Berlin und Köln aus – und zwar für Städte in allen Regionen Deutschlands.

Was hindert die Städte, Kommunen und Gemeinden – Politik und Verwaltung – daran, sich an die Hochschulen und Wissenschaftler in ihrer Region zu wenden, um dort Beratung und Unterstützung zu erhalten?

Ich bin mir sicher, dass die kommunal Verantwortlichen schon wissen, welche Expertise an „ihren“ Hochschulen vorhanden ist. Die Vorstellung, Professorin X könne dem Oberbürgermeister bei der Lösung eines sehr konkreten städtischen Problems helfen, ist mir aber zu utilitaristisch. Erstens müsste zufällig die konkrete Kompetenz vorhanden sein. Zweitens müsste der Oberbürgermeister die Beratungsleistung vermutlich ausschreiben, weil die Professorin zu Recht ihre Expertise nicht unentgeltlich zur Verfügung stellen möchte. Und drittens geht es vermutlich in erster Linie um etwas anderes, nämlich um die Einbeziehung der Hochschule in die Stadtgesellschaft.

Was erwarten Sie davon?

Die Lösung konkreter Probleme – gegebenenfalls mit Unterstützung der örtlichen Wissenschaftler, falls es passt – ist das eine. Das andere ist der städtische Diskurs. Jeder Oberbürgermeister ist gut beraten, sich regelmäßig jenseits tagespolitischer Aktualitäten mit wichtigen Repräsentanten der Stadtgesellschaft auszutauschen. Hierzu gehören selbstverständlich auch die Repräsentanten der Hochschule. Wozu das gut sein soll? Diskurs führt zu kreativen Ideen, es entsteht Transparenz, es entstehen Synergieeffekte – und vielleicht am wichtigsten: Die vornehmste Aufgabe von Kommunalpolitik ist der Interessenausgleich. Wer einen fairen Interessenausgleich herstellen will, muss ein Gefühl für die unterschiedlichen Interessen entwickeln. Ich nenne so etwas kooperatives Regierungshandeln. Das hat ausdrücklich nichts mit Lobbyismus oder Mausehelei zu tun. Eher mit der einfachen Weisheit, dass man erstmal miteinander reden sollte, bevor man übereinander redet. //



„Die jungen Menschen legen ein Schwarmverhalten an den Tag: Sie wandern in Städte, wo sie mit ihresgleichen zusammenleben können. Alle Schwarmstädte haben einen Hochschulstandort“

LÖSUNGEN FÜR DIE REGION

Energie- und Verkehrswende, die Folgen des Klimawandels oder die Stärkung der regionalen Wirtschaft: mit innovativen Ansätzen bieten Hochschulen Antworten auf drängende Herausforderungen.



Hochschule Hamm-Lippstadt: Elektromobilitätskonzept

Elektrofahrzeuge werden die bisherigen Benziner und Dieselaautos in den kommenden Jahren zunehmend ersetzen. Derzeitige Prognosen gehen allein hierzulande von rund sechs Millionen Elektrofahrzeugen bis zum Jahr 2030 aus. Damit dies tatsächlich realisiert werden kann, muss der Ausbau der Ladeinfrastruktur zügig vorangetrieben werden. Dieser Aufgabe widmet sich verstärkt die Hochschule Hamm-Lippstadt (HSHL). Sie wurde im vergangenen Jahr vom Kreis Soest damit beauftragt, geeignete Standorte für Ladepunkte zu identifizieren und zu priorisieren. In Zusammenarbeit mit den 14 Städten und Gemeinden des rund 300.000 Einwohner zählenden Landkreises erstellt die HSHL ein kreisweites Elektromobilitätskonzept, damit die Ladeinfrastruktur im Kreisgebiet in den nächsten Jahren bedarfsgerecht ausgebaut werden kann. Der Auftrag erfolgte im Rahmen eines vom Bundesverkehrsministerium geförderten Projekts.

In einem ersten Zwischenbericht kommen die Wissenschaftler der HSHL zu dem Schluss, dass es im Kreis Soest bis 2030 über 25.000 elektrisch betriebene Kraftfahrzeuge geben wird. „Das Elektromobilitätskonzept soll eine Verbindung zwischen der Entwicklung der Elektromobilität und dem notwendigen Ausbau der Ladeinfrastruktur herstellen, um aus technischer und kundenorientierter Sicht planen zu können“, erläutert Professor Dr. Uwe Neumann, warum ein solcher Blick in die Zukunft wichtig ist. Für Neumann, der an der HSHL die

Lehrgebiete Elektrische Energieversorgung und Smart Grids vertritt, sind „die ermittelten Standorte eine wertvolle Planungsgrundlage für einen systematischen Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur im Kreis Soest und können für weitere Gespräche mit potenziellen Betreibern, Investoren sowie Netzbetreibern genutzt werden“. Und Christoph Brand, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Projekte im Bereich der regionalen Elektromobilität an der HSHL, ist überzeugt davon, dass „die methodische Vorgehensweise durchaus auch auf andere Kreise, Städte oder Gemeinden übertragen werden kann“.

TH Mittelhessen: Kommunalen Zukunftsstrom

Die politisch beschlossene Energiewende setzt auch die Kommunen unter Zugzwang. Sie müssen zügig Wege finden, um die kommunale Energieversorgung weiterzuentwickeln. Einen Beitrag dazu soll ein Projekt der Technischen Hochschule Mittelhessen leisten, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit rund 700.000 Euro gefördert wird. Unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Stetz vom Fachbereich Elektro- und Informationstechnik arbeitet ein Team an der „Transformation kommunaler Energieversorgungs-Infrastrukturen unter dem Einfluss der deutschen Energiewende“. Kooperationspartner des über drei Jahre laufenden Projektes sind die Stadtwerke Gießen und deren Tochterunternehmen, die Mittelhessen Netz GmbH.

Im Rahmen des Projektes sollen umsetzbare Lösungen entwickelt werden, damit kommunale Versorger den bis 2050 geforderten Anteil an erneuerbaren Energien (80 Prozent) erbringen können. Der Erneuerbaren-Strom soll verstärkt dafür genutzt werden, Wärme zu erzeugen und E-Mobile anzutreiben. „Weil das Gießener Versorgungsgebiet innerstädtische, vorstädtische und ländliche Bezirke umfasst, bietet es sich an, daran exemplarisch die künftigen Aufgaben eines mittelgroßen städtischen Versorgers aufzuzeigen“, erläutert Thomas Stetz.

Die städtischen Unternehmen liefern dem Forscherteam reale Daten zu Erzeugung, Verbrauch und Kosten sowie zu den Energienetzen für Strom, Wärme und Gas. Auf dieser Grundlage wollen die Partner einen ortsbezogenen Zukunftsplan erstellen. Er soll Antwort darauf geben, welche wirtschaftlichen Investitionen in die Infrastruktur der netzgebundenen Energieversorgung empfehlenswert sind, damit die Energiewende bis 2050 gelingen kann.



Hochschule Magdeburg-Stendal: Regionale Händlerplattform

Neue Wege für den Einzelhandel in Sachsen-Anhalt eröffnet die Internetplattform „hallo altmark“. Sie ist aus dem Projekt ROLAND entstanden, das an der Hochschule Magdeburg-Stendal verankert ist und dessen Ziel es ist, regionale Händler der Altmark beim Aufbau einer gemeinsamen Internetpräsenz zu unterstützen.

Die Plattform www.halloaltmark.de, die im März dieses Jahres online ging, präsentiert Einzelhändler aus ganz unterschiedlichen Bereichen: darunter Mode, Schmuck, BIO-Produkte und Feinkost ebenso wie Kindermode und -spielwaren, Elektronik, Dekoration oder Bücher. „Wir möchten regionalen Händlern, Dienstleistern und allen, die ein Gewerbe betreiben, die Möglichkeit bieten, einfach und bequem, Aufmerksamkeit für ihre Produkte und Unternehmen zu schaffen“, erklärt ROLAND-Projektleiter Prof. Dr. Volker Wiedemer. Für ihn ist die Webseite „ein Stück Altmark in der sonst eher heimatlosen Online-Welt“. Und der Professor für Volkswirtschaftslehre ist überzeugt davon, dass die beteiligten Händler vom gemeinsamen Online-Marktplatz vielfach profitieren: „hallo altmark bietet mehr Chancen, als die Summe einzelner Internetauftritte und -shops.“

Für die Entwicklung des Angebotes führte das Projektteam der Hochschule Magdeburg-Stendal intensive Gespräche mit regionalen Händlern und befragte darüber hinaus potenzielle Kunden. So liefen die Mitarbeiter Einkaufsstrassen ab, verfassten Infobriefe und organisierten abendliche Foren für Anwohner und Händler. „Wir mussten erst einmal Überzeugungsarbeit leisten. Denn die Skepsis gegenüber dem Internet ist groß“, berichtet Theresia Laske, die das Projekt seitens der Hochschule mitverantwortet und mit vielen Händlern gesprochen hat. Das Sammeln von Vertrauen zahlte sich letztendlich aus: Das Forschungsteam kam zu dem Ergebnis, dass der Bedarf für einen Online-Marktplatz besteht – wichtige Voraussetzung für eine Förderung durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Dieses stellte Mittel aus dem „Bundesprogramm Ländliche Entwicklung“ und im Rahmen des Modellvorhabens „Land(auf)Schwung“ für das regionale Wirtschaftsförderungsprojekt bereit.

TH Lübeck: Rain Ahead – Regenalarm

Die Auswirkungen des Klimawandels bekommen auch die Einwohner der Hansestadt Lübeck vermehrt zu spüren. „Die mittlere Jahrestemperatur ist laut Aufzeichnungen der hiesigen Wetterstationen in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen und wird sich nach Berechnungen von Meteorologen weiter erhöhen – die Starkregen-Ereignisse ebenso“, heißt es in einer Broschüre der Stadtverwaltung. Vor allem die Angst davor, dass Sturzfluten über die Ostseestadt einbrechen könnten, treibt die verantwortlichen Kommunalpolitiker um. Dazu trägt erschwerend bei, dass das über 1000 Kilometer lange städtische Kanalnetz nicht auf Starkregen ausgerichtet ist. Experten schätzen, dass ein Drittel der Leitungen zu klein ist für solche Regenmassen und dass die Kanalisation in den nächsten Jahren erneuert und erweitert werden muss.

Die Technische Hochschule Lübeck hat in einem aufwendigen Verfahren die hydraulischen Engpässe im Entwässerungssystem berechnet. Gemeinsam mit Stadtplanern, Feuerwehr, Umweltbehörde und der Firma „hydro & meteo“ haben die Wissenschaftler ermittelt, wo kräftige Unwetter bevorzugt niedergehen. So ist zum Beispiel der Hochschulstadtteil stark betroffen. Seit 2015 verfügt die Feuerwehr zudem über ein Frühwarnsystem für schlimme Unwetter, das von „hydro & meteo“ entwickelt wurde. Die Feuerwehr-Leitstelle erhält so rechtzeitig eine Warnung per E-Mail, dass sie ihre Leitstelle personell verstärken und damit mehr Anrufe von besorgten Bürgern abwickeln kann.

Mit insgesamt drei Projekten kämpft Lübeck gegen die Folgen von Starkregen. Von 2013 bis 2016 lief „Rain Ahead“, das vom Bundesumweltministerium mit 300.000 Euro gefördert wurde. Von 2018 bis 2020 läuft „I-Quadrat“, das dieselbe Summe erhält. Und unter dem Titel „Regen-Sicher-Lübeck“ beteiligt sich die Stadt zusammen mit Worms und Bad Liebenwerda an einem bundesweiten Modellprojekt. „Wir untersuchen, ob die Informationen bei den Bürgern ankommen und wie sie diese nutzen“, erklärt Prof. Frank Schwartze, Studiengangsleiter Städtebau und Ortsplanung und Vizepräsident für Forschung und Internationales an der TH Lübeck. //

TEXT: VERONIKA RENKES

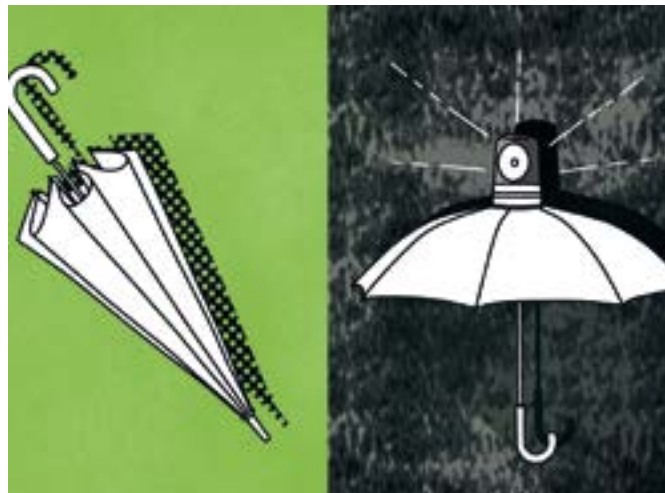


Foto: Hochschule Niederrhein

FORSCHUNG FÜR DIE REGION

Das Niederrhein Institut für Regional- und Strukturfor-
schung (NIERS) versteht sich als Partner für Politik und Wirtschaft am Niederrhein.

Welche Rolle können Hochschulen bei der nachhaltigen Entwicklung einer Region spielen? Wie kann man dem Braindrain einer Region in Zeiten des Fachkräftemangels entgegenwirken? Und welche Konsequenzen hat der demografische Wandel in einer konkreten Region? Dies sind Fragen, mit denen sich das Niederrhein Institut für Regional- und Strukturfor-

schung (NIERS) an der Hochschule Niederrhein beschäftigt. 2010 wurde es gegründet, seitdem leitet der Volkswirtschaftsprofessor Dr. Rüdiger Hamm das Institut. „Unser Schwerpunkt liegt auf der regionalökonomischen Forschung und Fragen des regionalen Strukturwandels“, sagt der Experte für regionale Strukturpolitik. Das Wissen aus der Hochschule soll so Akteuren in der Niederrhein-Region wie Kommunen, Verbänden und Wirtschaftskammern zugutekommen. In den vergangenen Jahren hat das Institut auch immer wieder über die Bedeutung des Fußballvereins Borussia Mönchengladbach für die Stadt Mönchengladbach geforscht.

von Ministerien zum Beispiel.“ Die thematische Spannweite des Instituts insgesamt ist weit: Struktur- und Standortanalysen für den Mittleren Niederrhein gehören ebenso dazu wie Arbeitsmarktanalysen und die Untersuchung der wirtschaftlichen Integrationsfortschritte in einer Grenzregion wie dem Niederrhein. „Eine unserer ersten Studien widmete sich den regionalwirtschaftlichen Effekten von Hochschulen. Das hat uns viele Türen geöffnet und war wichtig für das Standing des Instituts“, sagt Hamm.

An zwei aktuellen Projekten lässt sich gut zeigen, wie das NIERS arbeitet. In einem Forschungsprojekt wird untersucht, inwieweit Hochschulen Impulsgeber für eine nachhaltige Entwicklung im regionalen Umfeld sein können: „Wir wollen uns darin auch mit der Frage befassen, ob Hochschulen über ihre regionalökonomischen Effekte hinaus auch ökologische und soziale Nachhaltigkeitsimpulse in ihre Standortregion geben können“, erläutert Hamm. In einem anderen Projekt arbeitet das Institut hingegen sehr konkret: Im Auftrag der Stadt Mönchengladbach soll das NIERS ein zukunftsfähiges Konzept für den Wochenmarkt des Stadtteils Rheydt entwickeln. Dafür gehen die Forscher nach draußen und sprechen

mit allen Beteiligten: Marktbesuchern, Passanten und Marktbesckern.

In solchen Projekten arbeite man eng mit Partnerinstituten der Hochschule, beispielsweise den Sozialwissenschaftlern, zusammen, sagt Hamm. Auch die Auftraggeber seien eng eingebunden. „Trotzdem bewahren wir uns eine gewisse Unabhängigkeit. Wir schreiben nicht nur das, was der Auftraggeber hören will.“ Selbst wenn am Ende nicht jedes Konzept oder jede Studie Folgen zeitige, ist Hamm überzeugt, dass der Transfer von Wissen von der Hochschule in die Region oft gelingt. „Für die Stadt Mönchengladbach haben wir zum Beispiel Kompetenzfelder ihrer Wirtschaft analysiert, die dann auch die Ausrichtung der städtischen Wirtschaftspolitik beeinflusst haben“, erklärt Hamm. Der Wissenschaftler kennt aber nicht nur die Sonnenseiten des Geschäfts. Als im vergangenen Jahr Bewerbungen um vier große Projekte mit einem Volumen von zwei Millionen Euro unerwartet scheiterten, konnte er nicht alle Mitarbeiter halten. Aktuell habe sich die Lage wieder etwas beruhigt, sagt Rüdiger Hamm: Die Finanzierung des Instituts sei zumindest für die nächsten drei Jahre gesichert. //

TEXT: MICHAEL LÜNSTROTH



Foto Hochschule Offenburg

REGIONALE DREHSCHLEIBEN

Miteinander wachsen: Wie der Digihub Südbaden kleine und mittlere Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen will.

Wer Zukunftsthemen in den ländlichen Raum bringen will, muss das dezentral tun: Das ist eine Erkenntnis, die hinter der Digihub-Initiative Baden-Württembergs steht. Die sogenannten digitalen Hubs sollen wie regionale Drehscheiben das Thema Digitalisierung ins Land verteilen. Zehn dieser Hubs werden vom Landeswirtschaftsministerium gefördert. Eines davon ist der Digihub Südbaden. Er soll „vor allem erste Anlaufstelle für kleine und mittlere Unternehmen in Digitalisierungsfragen sein“, sagt Prof. Dr. Gerhard Kachel, Prorektor für Technologie- und Wissenstransfer an der Hochschule Offenburg. Die Hochschule ist ein Partner in dem Konsortium. Weitere sind die Projektpartner Oberrhein – Gesellschaft für Projektentwicklung, die Handwerkskammer Freiburg, die Universität Freiburg, die Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH & Co. KG und die Wirtschaftsregion Südwest GmbH. Über einen Zeitraum von drei Jahren stellt das Land rund eine Million Euro bereit.

Ziel der Initiative ist es, digitale Innovationen durch Kooperation, Vernetzung und Austausch voranzubringen. Der Hub selbst soll dabei eine Mischform aus Informations-, Service-, Beratungs-, Transfer- und Umset-

zungsangeboten sein. „Die Arbeit läuft bereits, es gab schon erste Informationsveranstaltungen, in denen es zunächst darum ging, die unterschiedlichen Bedarfe abzufragen“, sagt Maschinenbau-Professor Kachel. Der Digihub wendet sich nicht an eine spezifische Branche, sondern will offen für viele Seiten sein: für Handwerksbetriebe und Mittelständler ebenso wie für Gesundheitsdienstleister, Einzelhändler oder Tourismusbetriebe. Thematisch stellt sich das Netzwerk breit auf: „IT-Sicherheit, Fragen der kollaborativen Robotik, Digitalisierung von Geschäftsmodellen und die Analyse von großen Datenmengen sind Felder, die wir bearbeiten wollen“, erklärt Kachel.

Zentrale Anlaufstelle des Digihub in der Ortenau-Region wird ein weiteres Transferprojekt der Hochschule Offenburg: das Regionale Innovationszentrum (RIZ) für Energietechnik. Für rund zehn Millionen Euro entsteht das große Forschungsgebäude derzeit, Bezug soll im Frühjahr 2020 sein. Sämtliche Forschung rund um Ressourcen- und Energieeffizienz soll dann dort angesiedelt sein. Auch das Digihub Südbaden bekommt hier sein Büro. „Das werden innovative Werkstätten, in denen in einer offenen und kollabo-

rativen Arbeitsatmosphäre geforscht werden kann“, sagt Kachel. Technologietransfer und Innovationen sollen so gestärkt werden. Das Geld dafür kommt zur Hälfte von der EU, die andere Hälfte wird vom Land Baden-Württemberg (zwei Millionen Euro), der Hochschule selbst sowie von einem Konsortium von Stiftern aus der Region (drei Millionen Euro) getragen.

Entstanden ist die Idee für das RIZ innerhalb eines regionalen Entwicklungskonzeptes, das unter Federführung des Vereins „Klimapartner Oberrhein“ im Rahmen des Wettbewerbs „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen und Nachhaltigkeit – Regiowin“ erarbeitet wurde. Digihub und RIZ sollen zusammenwirken. Während das Netzwerk das theoretische Wissen rund um die Digitalisierung in die Fläche bringen soll, soll das RIZ die praktische Laborstätte werden, in der konkrete Forschung ermöglicht wird. Weitere Standorte des Digihub Südbaden sind neben Offenburg auch in Freiburg, Breisach und Lörrach. „Wir wollen gemeinsam mit den Unternehmen Innovation schaffen, um die Region fit für die Zukunft zu machen. Digihub und RIZ sollen sich nach Ablauf der Förderperiode selbst tragen“, hofft Prorektor Kachel. //

TEXT: MICHAEL LÜNSTROTH



Foto H-BRS / DROP IMAGE

GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT

Wie das Projekt Kommunale Innovationspartnerschaften der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg Kommunen und Hochschulen einander nachhaltig näherbringen will.

Hochschulen und Kommunen könnten viel stärker voneinander profitieren. Das ist der Grundgedanke, der hinter dem Transferprojekt „Kommunale Innovationspartnerschaften“ (KIP) der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg (H-BRS) steht. „Wir wollen darin gemeinsam Strategien und Maßnahmen entwickeln, um positive Wirkungen der Hochschule in den ländlichen Raum zu verlängern“, erklärt Mischa Ellenberger, KIP-Projektmanager. Die fachliche Leitung liegt bei Dr. Klaus Deimel, BWL-Professor und Direktor des Centriums für Entrepreneurship, Innovation und Mittelstand (CENTIM) an der H-BRS.

Über einen Zeitraum von fünf Jahren soll am Ende eine dauerhafte Partnerschaft zwischen der Hochschule und der Pilotgemeinde Neunkirchen-Seelscheid entstehen. „Der Ort ist eine ländliche Gemeinde mit den dafür typischen Problemen und er liegt in unserer Nähe“, begründet Mischa Ellenberger, weshalb Neunkirchen-Seelscheid ausgewählt wurde.

Das Projekt begleitet den gesamten Prozess: von der ersten Kontaktaufnahme zwischen einer Hochschule und einer Gemeinde über die Realisierung einer strategischen Partnerschaft bis

hin zur konkreten operativen Zusammenarbeit. In dem Pilotprojekt soll darüber hinaus ein „Toolkit“, also ein Werkzeugkasten mit Instrumenten und Maßnahmen, entwickelt werden, der auch anderen Hochschulen und Gemeinden auf ihrem Weg zu einer strategischen Zusammenarbeit helfen kann.

Das Projekt KIP steht im Kontext des größeren Hochschul-Transferprogramms „Campus to World“. Damit hatte die H-BRS Erfolg bei der vor drei Jahren ausgeschriebenen Bund-Länder-Förderinitiative „Innovative Hochschule“. Gesamtziel des Programms ist die strategische Vernetzung mit Wirtschaft und Gesellschaft in der Region. In mehreren Teilprojekten soll dieses Ziel erreicht werden. Dafür erhält die Hochschule bis Ende 2022 rund neun Millionen Euro. In das Teilprojekt KIP fließen davon rund 500 000 Euro. Start des Projektes war Anfang 2018.

Inzwischen steht ein Grobkonzept für die Partnerschaft, das in Workshops verfeinert werden soll. Auf dem Weg dorthin gab es auch Bürger- und Unternehmerbefragungen, um drängende Themen der Gemeinde herauszufinden. „Wir haben Herausforderungen der Kommune destilliert, bei denen

wir als Hochschule helfen können“, sagt Mischa Ellenberger. Gemeinsam soll nun in den nächsten Jahren daran gearbeitet werden. Seit April 2019 gibt es zudem ein KIP-Projektbüro im Rathaus von Neunkirchen-Seelscheid. Damit sollen mögliche Kontaktschwellen gesenkt werden. „Unsere Mitarbeiterin ist als Ansprechpartnerin für Unternehmen, Verwaltung, Bürger und Vereine jetzt direkt vor Ort. Sie kann gezielt Kontakt herstellen zu den richtigen Stellen der Hochschule“, erklärt Projektmanager Ellenberger.

Wie der Wissenstransfer gelingen kann, zeigt ein aktuelles Beispiel: Als im April in Neunkirchen-Seelscheid eine neue Wildblumenwiese angelegt wurde, waren auch das KIP-Projekt beteiligt. Bodenproben der ausgewählten Fläche werden im ebenfalls zu „Campus to World“ gehörenden Teilprojekt „Citizen Lab“ analysiert.

Wenn das KIP-Projekt 2022 endet, soll die Allianz zwischen Hochschule und Kommune so gefestigt sein, dass sie auch danach fortbesteht: „Wir arbeiten an einer nachhaltigen Partnerschaft“, sagt Projektmanager Mischa Ellenberger. //

TEXT: MICHAEL LÜNSTROTH



Foto Hochschule Bremerhaven

UNABHÄNGIGER DIENSTLEISTER

Das vor gut 32 Jahren gegründete Technologie-Transfer-Zentrum Bremerhaven (ttz) hat sich kürzlich neu aufgestellt.

Das ttz gibt es bereits seit 1987. Um die Verknüpfung von Wissenschaft, anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung (FuE) sowie regionaler Wirtschaft in der Seestadt zu institutionalisieren, wurde damals der Verein zur Förderung des Technologietransfers an der Hochschule Bremerhaven gegründet. Er ist Träger des ttz. Mitglieder sind das Land Bremen mit den Ressorts für Wirtschaft und Wissenschaft, die Stadt Bremerhaven sowie die Hochschule Bremerhaven. Deren Rektor, Prof. Dr. Peter Ritzenhoff, ist stellvertretender Vorsitzender des Vereins und einer der beiden Sprecher. Im Laufe der Jahre hat sich das ttz zu einem unabhängigen Forschungsdienstleister und einem international gefragten Kooperationspartner entwickelt. Es ist mit wissenschaftlichen Institutionen in der Region und weit darüber hinaus vernetzt. Als Kernaufgabe sieht Ritzenhoff nach wie vor die kooperative Forschung und Entwicklung mit Unternehmen aus der Region: „Das ttz soll mit seinen Aktivitäten den Strukturwandel Bremerhavens und der Region positiv beeinflussen.“

Zwischen 2015 und 2018 hat sich das ttz neu ausgerichtet. Die Aktivitäten wurden auf zwei Bereiche konzentriert: Lebensmittel und Ressourceneffizienz. In den sechs Kompetenzfeldern

Lebensmitteltechnologie, Aquakultur, Bioökonomie, Analytik, Sensorik und Verfahrenstechnik tüfteln 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Hand in Hand mit Technikerinnen und Technikern an innovativen Produkten und Verfahren. Unter ihnen seien auch einige Absolventen der Hochschule Bremerhaven, verrät Rektor Ritzenhoff – „die starten dort direkt durch“. Das ist gelebter Transfer. Studierende des Faches Lebensmitteltechnologie/Lebensmittelwirtschaft an der Hochschule Bremerhaven absolvieren ihre Praxisphasen im ttz. ttz-Mitarbeiter bringen als Lehrbeauftragte an der Hochschule ihre Expertise ein und Hochschullehrer können für ihre Forschungsprojekte im ttz auf zusätzliche Ressourcen zugreifen.

Eine von Unternehmen stark nachgefragte Ressource des ttz ist das Sensoriklabor. Regelmäßig testen dort Verbraucherinnen und Verbraucher unter wissenschaftlicher Begleitung nicht nur die sensorischen Eigenschaften neuer Lebensmittel oder Kosmetika – also Geschmack, Geruch, Textur –, sondern auch Verpackungsgestaltung oder Innovationsgrad.

Ein Alleinstellungsmerkmal des ttz ist, dass es angewandte FuE-Leistungen für neue Produkte in der Lebensmit-

telindustrie und die Engineering-Leistungen zur Prozessoptimierung und zur Ressourceneffizienz aus einer Hand anbieten kann. Kunden sind Unternehmen vom kleinen Handwerksbis zum großen Industriebetrieb. Entwickelt werden sowohl maßgeschneiderte Einzellösungen als auch solche für ganze Wirtschaftszweige. Dabei können sich auch Synergieeffekte ergeben. Ein Beispiel dafür ist das „Bremerhavener Aerosol-Verfahren“. Es besteht darin, mittels Ultraschall in feinste Tröpfchen zerlegtes Wasser zu versprühen. Die Bäckereitechnologen des ttz hatten herausgefunden, dass „benebelte“ Teiglinge schneller aufgingen, weil die ins Backwerk eingedungenen Partikel die Wärmeleitfähigkeit erhöhen. Die Methode lässt sich auch auf Fische übertragen: tiefgefrorene Exemplare tauen sprühbenebelt schneller und schonender auf.

Sein Jahresbudget in Höhe von rund 4,2 Millionen Euro bestreitet das ttz zu knapp 85 Prozent aus Drittmitteln. 684 000 Euro steuert die Stadt Bremen als Grundfinanzierung bei. Das sei auch notwendig, um die Gemeinkosten abzudecken, sagt Ritzenhoff, denn nicht alle Forschungsprojekte seien zu 100 Prozent durchfinanziert. //

TEXT: ANNE SCHNELLER

„Gute Projekte müssen Schule machen“

Wie der Transfer zwischen einer Stadt und ihren Hochschulen gelingen kann, zeigt das Beispiel Mönchengladbach. Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners erläutert die Transfermaßnahmen der Stadt.



Foto privat

INTERVIEW: VERONIKA RENKES

Herr Reiners, wie wichtig ist der Forschungstransfer für Ihre Stadt und Ihre Arbeit?

Für uns sind das Zusammenwirken mit unserer Hochschule und der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sehr wichtig. Mit der Hochschule Niederrhein haben wir hierzu einen guten Partner in der Stadt. Mit mehr als 8 000 Studierenden und 500 Hochschulmitarbeitenden in den Fachbereichen Textil, Wirtschaft, Ökotoxikologie und Wirtschaftswissenschaften ist die Hochschule eine Innovationsschmiede für unsere Stadt und Region. Im Jahr 2000 haben wir unsere Wirtschaftsstrategie neu ausgerichtet und Leitbranchen für den Zukunftsstandort entwickelt. Bei der Entwicklung dieser Clusterstrategie hat das NIRS-Institut der Hochschule sehr eng mit unserer Wirtschaftsförderung zusammengearbeitet.

Haben Sie denn ein Beispiel für ein gelungenes Transferprojekt?

Die Liste der Projekte ist über die Jahre sehr lang geworden und die Projektdichte nimmt zu. Insbesondere in unserem Cluster Textilwirtschaft arbeiten unsere Wirtschaftsförderung und die Hochschule sehr eng zusammen. Gemeinsam haben wir das regionsweite textile Kompetenznetz texelence sowie ein CSR-Zentrum für diesen Wirtschaftszweig ins Leben gerufen, beide Projekte wurden durch das EFRE-Programm des Landes NRW gefördert. Aus kleinen Anfängen heraus haben Hochschule und WFMG – die Wirtschaftsförderung Mönchengladbach – darüber hinaus Deutschlands größte Nachwuchs- und Recruitingmesse für die Textilwirtschaft in Deutschland entwickelt. Alle zwei Jahre heißt es nun: „MG zieht an!“ Nach dem textilen Strukturwandel positioniert sich unsere Stadt zunehmend als wichtiges Bildungs- und Forschungszentrum für diese Branche. Mit der neuen Textilakademie NRW haben wir hier im vergangenen Jahr einen neuen, wichtigen Baustein etablieren können. Ein weiteres bauliches Highlight ist das Blauhaus unseres regionalen Energieversorgers NEW. In diesem energetisch nachhaltigen Gebäude an zentraler Stelle des Hochschulcampus Mönchengladbach haben die Hochschulbibliothek und verschiedene Institute ihre Heimat gefunden.

Was muss passieren, damit Hochschulen und Bürgermeister das Gespräch suchen?

Bei uns vor Ort ist das oft relativ einfach. Die Stadt und ihre Einheiten sind über unterschiedliche Strukturen und Personen sehr aktiv miteinander vernetzt. Wir treffen uns regelmäßig, im Zweifel greifen Mitarbeiter und auch ich zum Telefon. Entscheidend sind die Bündelung und Koordinierung dieser Aktivitäten. Bei uns geschieht dies über die WFMG.

Ist es überhaupt denkbar, dass sich ein Bürgermeister oder ein Dezernent für Stadtteilentwicklung an eine Hochschule wendet?

In unserem städtebaulichen Masterplan „MG 3.0“, den Unternehmer und Bürger bei uns organisiert haben, ist die neue Hochschulachse Mönchengladbach ein elementarer Schwerpunkt. Auf dieser Achse, die zentral zwischen den Innenstädten von Mönchengladbach und Rheydt liegt, soll in den nächsten Jahren ein neues Wissensquartier entstehen. Hierzu und zu vielen weiteren Themen stehen wir und auch ich mit dem Hochschulpräsidenten in direktem Austausch.

Was wünschen Sie sich seitens der Hochschulen?

Qua Struktur agieren einzelne Einheiten einer Hochschule oft solitär. Dieses „Silodenken“ gibt es mitunter auch in Verwaltungsstrukturen. Hier sind beide Seiten gefragt: Hochschulen wie auch Hochschulstädte haben ein vitales Interesse, das endogene Potenzial für ihre Regionen gemeinsam auf die Straße zu bringen. An einem schönen Projekt hierzu arbeiten wir: Gemeinsam mit unseren Nachbarn in Krefeld und Venlo sowie den Hochschulen in der Region – vornehmlich die Hochschule Niederrhein und die Fontys Hogeschool – versuchen wir, die Gesamtregion stärker als Wissensregion zu platzieren. Auch in der Nachbarschaft der großen Metropolen wird gut ausgebildet und geforscht und lässt es sich prima leben und arbeiten.

Was muss – auf beiden Seiten – passieren, damit der Transfer gut funktioniert?

Gute Projekte müssen Schule machen. //

„Anstrengungen, ein produktives Kooperationsverhältnis zwischen Stadt und Hochschulen herzustellen, können nicht auf Automatismen setzen. Vielmehr geht es darum, konsensual Schnittmengen zu erzeugen.“

Prof. Dr. Peer Pasternack und Steffen Zierold
Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg

UNSERE PARTNER UND EXPERTEN

DUZ Transfer entsteht in Kooperation mit der
Hochschulallianz für den Mittelstand.
www.hochschulallianz.de

Redaktionsleitung:
Angelika Fritsche

Redaktion dieser Ausgabe:
Theresia Lichtlein (TH Lübeck), Andreas Moegelin
(Hochschulallianz), Veronika Renkes (DUZ), Dr. Christian
Sonntag (Hochschule Niederrhein)

Layout: Dr. Franz Himpsl
Illustrationen: Ajo Galván
Korrektur: Benita von Behr

Sie haben Anmerkungen oder Anregungen?
Schreiben Sie uns: duz-redaktion@duz-medienhaus.de

Personal in Hochschule und Wissenschaft entwickeln

STRATEGIE – PRAXIS – FORSCHUNG

- ✓ **5 Ausgaben pro Jahr**,
ca. 100 Seiten pro Ausgabe
- ✓ **Online-Zugriff**
auf sämtliche Inhalte
- ✓ **Ab 224,50 €**
pro Jahr erhältlich
- ✓ **Campuslizenz erhältlich**,
auch über bestehendes
Konsortium



Personalentwicklung ist eine Herausforderung und Chance für die gesamte wissenschaftliche Einrichtung. **Personal in Hochschule und Wissenschaft entwickeln** wendet sich daher an alle Mitarbeiter/innen, von der Personalentwicklungsabteilung bis hin zu den einzelnen Führungskräften in Wissenschaft und Verwaltung, und unterstützt sie mit auf sie abgestimmten Informationen, Konzepten und Tools.